

Wenn eine Forderung an die Politik berechtigt ist, dann sollte man keine Kompromisse anbieten. Diesen Rat möchte ich anhand eines wiederkehrenden Themas - der Belastung mit militärischem Tiefflug - erläutern und begründen - auf dem Hintergrund eigener Erfahrungen und angesichts neuer Belastungen. **Albrecht Müller.**

In den Achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts war die Belastung durch militärischen Tiefflug fürchterlich - hier bei uns in der Südpfalz, in allen Teilen von Rheinland-Pfalz mit Ausnahme der großen Städte Ludwigshafen und Mainz, in Bayern, in Niedersachsen, in Teilen Nordrhein-Westfalens - überall litten viele Menschen und vor allem Kinder unter Abgasen und dem höllischen Lärm. Hier bei uns in der Südpfalz kamen die Militärflugzeuge aus den Bergen des Pfälzer Waldes in die Rheinebene - das hörte sich oft an wie ein fürchterlicher Knall. Wir haben die besondere Belastung für Kleinkinder damals in der eigenen Familie erlebt.

Tausende von Bürgern haben damals demonstriert, sie haben Ballons steigen lassen und das Bundesverteidigungsministerium mit Anrufen und Briefen bombardiert. Auch amtierende Politiker haben sich kritisch geäußert. Der damalige SPD-Landeschef von Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping, meinte, wir in Rheinland-Pfalz wollen nicht der Flugzeugträger der USA in Deutschland sein. Aber den Forderungen fehlte oft die notwendige Entschiedenheit und Klarheit. In der SPD-Bundestagsfraktion, der ich vom Januar 1987 bis 1994 angehörte, gab es Kollegen, die den Interessen der Militärs und der USA nicht widersprechen wollten und deshalb allenfalls eine Verringerung der Belastung für nötig und richtig hielten. Zum Beispiel sollte es eine Mindestflughöhe geben - über 150 m z.B., die Flugzeuge sollten nicht über besiedeltem Gebiet üben und nicht mit voller Leistung.

Dagegen setzten wir, eine kleine Gruppe von besonders betroffenen Kolleginnen und Kollegen, eine klare Position: Schluss mit dem Tiefflug! Wir forderten das im mit Fakten unterfütterten Bewusstsein, dass Tiefflug hierzulande gar nicht nötig ist.

Wir formulierten dies in einem klaren Antrag und setzten ihn auf dem Bundesparteitag der SPD in Münster, der vom 30. August bis 2. September 1988 tagte, durch. Siehe Anhang.

Die vielen Betroffenen, immerhin Millionen von Menschen, konnten mit dieser klaren Haltung etwas anfangen.

Der breite Protest zeigte Wirkung: Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl war genervt von den andauernden Protesten tausender Bürgerinnen und Bürger in seiner Heimat, der Pfalz. Er verfügte das Ende. So einfach war das. Davon berichtete später Willy Wimmer

(CDU), in der fraglichen Zeit Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, [bei einem Pleisweiler Gespräch](#), zu dem wir ihn für den 21. Juni 2014 eingeladen hatten.

Jetzt fängt der Zirkus von Neuem an - und mit halbgaren Forderungen.

Die Regionalzeitung *Die Rheinpfalz* vom 29. Januar 2025, also von gestern, brachte einen großen Artikel zum Thema (siehe Foto am Anfang). Darin wird die Belastung für Menschen in der Westpfalz, in der Nähe von Kaiserslautern, geschildert. Die Forderungen sind windelweich. Da ist davon die Rede, „Lärm und Umweltschäden“ „besser zu verteilen“. Dafür setze sich eine kleine Bürgerinitiative seit vielen Jahren ein. Die Lasten sollten „endlich gerecht verteilt werden“. Das sei bisher nicht der Fall. Sie fordern ein „Ende der Diskriminierung durch bewusst herbeigeführte Konzentration militärischer Übungsflüge“.

In dem Artikel wird davon berichtet, die Betroffenen freuten sich auf Freitag 12:00 Uhr, weil ab dann der Übungsbetrieb ruhe. Das sei ein Teilerfolg im langen Kampf der Bürgerinitiative. - Dann wird auch davon berichtet, natürlich könne ein Pilot leise oder laut fliegen, mit Nachbrenner und Überschallknall. Bei der Bürgerinitiative gebe es sogar ein bisschen Hoffnung. „Mittlerweile glaube ich zu erkennen, dass der Lärm ein bisschen ernsthafter verteilt wird“, äußert sich einer der Betroffenen.

Kommentar: Dass ein Problem drei, vier Jahrzehnte später so viel laienhafter und so zahm angegangen wird, obwohl der frühere Erfolg und die Entscheidung von Helmut Kohl ja nicht unbekannt sein dürften, ist nur schwer zu begreifen. Auch erkennen die jetzt in der Bürgerinitiative tätigen Personen offensichtlich nicht, dass man mit halben Forderungen praktisch nichts erreicht.

Anlagen

Hier ist der SPD-Beschluss von 1988:



Albrecht Müller
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1
Bundeshaus
Tel. 0228 / 16 72 56
Telefax 16 57 64

Bürgerbüro Südpfalz:
6740 Ländau
Karl-Sauer-Str. 8
Tel. 06341 / 8 25 86
Telefax 8 27 65

6749 Pleisweiler
Schloßstr. 23

Im Mai 1989

Betr.: Tiefflug

Im folgenden ist die gültige Beschluslage der SPD zum Tiefflug wiedergegeben:

1. Beschluß des SPD-Parteitages in Münster (30.8.-2.9.88)

Militärischer Tiefflug und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in Friedenszeiten

Die SPD fordert ein Konzept der länderübergreifenden Verteidigung, dessen Einübung in Friedenszeiten Beeinträchtigungen, Schädigungen und Gefährdungen der Zivilbevölkerung in Friedenszeiten erheblich verringert. Während sich die Einsicht immer mehr durchsetzt, daß unter den Bedingungen der modernen Technostruktur hochindustrialisierter Länder weder konventionelle noch nukleare Kriege führbar oder gar gewinnbar sind, müssen die Folgerungen für eine zivilisationsverträgliche und konsensfähige Landesverteidigung in Friedenszeiten erst noch gezogen werden.

Auch ohne die Einwirkungen militärischer Übungen wächst die strukturelle Störanfälligkeit des modernen industriellen Systems. Bei der Belastung von lebenswichtigen Elementen wie Luft, Wasser und Boden sind die Grenzen teilweise bereits überschritten. Technische und industrielle Betriebsunfälle wie Tankerhavarien, Brände in Chemiewerken oder Störungen in Atomkraftwerken können unter diesen Umständen zur Existenzgefährdung ganzer Regionen werden. Verteidigungsmaßnahmen müssen in ihrer Art, ihrem Umfang und ihrer Durchführung anders und entschiedener als bisher auf diese Gesamtsituation Rücksicht nehmen.

Die SPD fordert deshalb von der Bundesregierung einen umfassenden Bericht zur Zivildispositionsverträglichkeit der heute gültigen Verteidigungskonzeption unter Einschluß aller Übungen, die zu deren Aufrechterhaltung für nötig gehalten werden. Unter anderem müssen dabei folgende Punkte untersucht und beurteilt werden:

- die Gefährdung von Atomkraftwerken, Anlagen der chemischen Großchemie und anderer sensibler Einrichtungen unserer modernen Technostruktur durch militärischen Flugbetrieb;

- der Verbrauch von Grund und Boden und die Umweltbelastung durch militärische Einrichtungen und militärische Übungen;

- Nutzung und Verbrauch von wertvollen Ressourcen und qualifizierter menschlicher Arbeitskraft für militärische Zwecke;

- die Beeinträchtigung der Lebenssicherheit, der Gesundheit, der Verkehrssicherheit und der Lebensqualität eines Teils der Bevölkerung durch militärischen Tiefflug und andere militärische Übungen;

- die finanziellen Belastungen und Risiken der gegenwärtigen Verteidigungskonzeption einschließlich fiskalischer Auswirkungen auf andere zur Erhaltung von Zivilisation und Umwelt relevante Bereiche.

Dieser Bericht soll nicht nur Zustände beschreiben, sondern auch Alternativen aufzeigen. Sie ergeben sich aus den zahlreichen Entwürfen anderer Verteidigungskonzeptionen, aus einer realistischen Beurteilung der Aussichten auf Abrüstung und Rüstungskontrolle und aus der Bewertung von neuen technischen Entwicklungen. Vor allem müssen Alternativen herangezogen werden, die eine spürbare Verbesserung der Zivildispositionsverträglichkeit der Landesverteidigung versprechen.

1. Die SPD fordert die Bundesregierung und die NATO auf, ein Verteidigungskonzept zu erarbeiten, das den Verzicht auf militärische Tiefflugübungen endgültig möglich macht. Ein Verteidigungskonzept, das der eigenen Bevölkerung 43 Jahre nach dem Krieg das Leid und die Schrecken zumutet, die Millionen in der Bundesrepublik täglich erleben, ist unzumutbar.

2. Schon bevor dieses Konzept erarbeitet und verwirklicht ist, werden die eigentlichen militärischen Tiefflüge über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und anderen bewohnten Gebieten eingestellt. Dies ist wegen der Entwicklung moderner Militärtechniken und angesichts der entspannten Lage zwischen Ost und West ohne einen Verlust an Sicherheit möglich.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Alliierten dafür zu sorgen, daß diese ihre militärischen Tiefflüge ebenfalls einstellen oder in ihre eigenen Länder zurückverlagern.

(Angenommen)